

KP-Vorsitzende Dänemarks: US-Grönland-Pläne stellen dänische Außenpolitik infrage

12 Jan. 2026 19:24 Uhr

Die Vorsitzende der Kommunistischen Partei ordnet die politische Lage in Dänemark ein. Aus ihrer Sicht fürchten die USA eine stärkere Annäherung westlicher Staaten an China oder Russland. Vor diesem Hintergrund wolle Washington Grönland zu einer militärischen Hochburg ausbauen, um seinen strategischen Einfluss im Westen zu sichern.



© urheberrechtlich geschützt

"Grönland ist nicht zu verkaufen!" – Proteste gegen die US-Invasion in Grönland, London, 5. April 2025

Von Felicitas Rabe

An der Demonstration zum [Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht](#) nahmen am Sonntag in Berlin Vertreter kommunistischer Parteien und linker Organisationen aus verschiedenen Ländern teil. Unter anderem kam auch eine Delegation der [Kommunistischen Partei Dänemarks](#) (DKP) nach Berlin. Nach dem Gedenkmarsch bekam *RT DE* die Möglichkeit zu einem Interview mit der Vorsitzenden der dänischen KP, Lotte Rørtoft-Madsen. Dabei ging es um die aktuelle Situation in Dänemark nach der Ankündigung des US-Präsidenten, dass die USA Grönland annekieren wollen.

Zunächst wollte *RT DE* von Lotte Rørtoft-Madsen wissen, wie sie die Ankündigung des US-Präsidenten Donald Trump, Grönland zu annekieren, bewertet. Ist Trump geisteskrank geworden, wie es von verschiedenen Seiten gemunkelt wird?

Rørtoft-Madsen: Nein, Donald Trump ist überhaupt nicht verrückt geworden. Die Trump-Regierung verfolgt einfach konsequent ihre geplante Sicherheitsstrategie und ihre Strategie zur Kontrolle der westlichen Hemisphäre. Die Annektierung Grönlands ist Teil dieser Strategie des US-Imperialismus. Der US-Imperialismus ist zwar im Niedergang begriffen, doch umso verzweifelter agieren seine Vertreter.

US-Militärhochburg in Grönland soll Annäherung westlicher Staaten an China und Russland verhindern

Natürlich will sich die US-Regierung Grönland auch aufgrund seiner Bodenschätze und Ressourcen aneignen. Aber in erster Linie geht es um geopolitische Gründe: Die US-Regierung will vor allem verhindern, dass westliche Länder anfangen, mit Russland und China zu kooperieren. Dafür wollen die USA in Grönland eine Art militärische Hochburg errichten.

Insofern ist die Militarisierung Grönlands das Hauptziel der US-Strategie für Grönland. Um dies zu erreichen, hat die US-Regierung verschiedene Optionen: Sie können in Grönland einmarschieren, Grönland kaufen oder sich noch eine andere Möglichkeit einfallen lassen. Das Hauptziel besteht auf jeden Fall darin, dieses große Grönland als militärischen Außenposten des US-Imperiums einzunehmen.

RT DE: Wie geht es den Grönländern mit den Plänen der US-Regierung?

Rørtoft-Madsen: Bei Grönland handelt es sich um eine ehemalige dänische Kolonie. Die grönländische Bevölkerung leidet immer noch an den Folgen dieser Kolonialisierung. Mit ihren Versprechungen versucht die US-Regierung, die antikolonialen Gefühle der Grönländer auszunutzen. Dabei wird der US-Imperialismus tatsächlich nur die alte dänische Kolonialherrschaft durch eine neue Kolonialherrschaft ersetzen. Nach unserer Überzeugung sollen einzig und allein die Grönländer über ihre Zukunft entscheiden.

Bislang glaubten viele Dänen, die USA seien ihr Freund und eine schöne Demokratie

RT DE: Wie hat die dänische Bevölkerung auf Trumps Ankündigung reagiert?

Rørtoft-Madsen: In Bezug auf die US-amerikanische Invasion in Grönland ist die dänische Bevölkerung in hohem Maße gegen den US-Imperialismus eingestellt. Nach meinem Eindruck sind viele Menschen in Dänemark geschockt und fassungslos über Trumps Ankündigung. Schließlich wurde der dänischen Bevölkerung seitens ihrer Politiker stets erklärt, die USA seien unser Freund und zudem ein schönes demokratisches Land. Außerdem wurde die Bevölkerung von dänischen Politikern immer wieder darauf hingewiesen, dass Tyrannei nicht von den USA, sondern von anderen Kräften in der Welt ausgehe. Aus diesem Grund sind die Menschen, die ihren Politikern bislang vertrauten, nun geschockt.

RT DE: Wie bewerten Sie die Reaktionen der dänischen Regierung auf die angekündigte US-Annektierung Grönlands?

Rørtoft-Madsen: Das Polit-Establishment in Dänemark ist völlig verwirrt. Die Verwirrung betrifft sowohl die dänische Regierung als auch alle in der Regierung vertretenen Parteien sowie die Parlamentsabgeordneten. Sie rennen herum, als seien sie verrückt gewordene Hühner in einem Hühnerhof.

RT DE: Sind die dänischen Politiker tatsächlich so verwirrt oder tun sie nur so, um die Bevölkerung zu beschwichtigen? Die USA hatten doch schon lange damit gedroht, Grönland zu annektieren.

Rørtoft-Madsen: Sie sind tatsächlich verwirrt. Der Grund für die Verwirrung der dänischen Politiker liegt darin, dass diese Situation die gesamte Grundlage der dänischen Außenpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg infrage stellt. Es handelt sich hier um eine politische Krise von enormem Ausmaß. Die USA, die NATO und Dänemark hatten bisher ein sehr enges Verhältnis – auf einmal bröckelt das gesamte Bündnissystem.

RT DE: Sorgen sich die dänischen Politiker um die Zukunft der Menschen in Dänemark?

Rørtoft-Madsen: Das dänische Polit-Establishment schert sich nicht um die dänische Bevölkerung – sie sorgen sich um ihre Position in der NATO. Man muss bedenken, Dänemark ist ein kleines Land mit einer Bevölkerung von gerade einmal sechs Millionen Einwohnern. Wenn wir Grönland nicht hätten, wären wir ein Niemand in der NATO. Der einzige Grund, dass dänische Politiker irgendwie in der NATO mitreden dürfen, besteht in der zu Dänemark gehörenden großen Insel. Bislang nutzten dänische Politiker Grönland für ihren Einfluss im imperialistischen Bündnissystem.

RT DE: Welche Position vertritt die Kommunistische Partei Dänemarks in Bezug auf Grönland?

Rørtoft-Madsen: Wir fordern von Trump und von der dänischen Regierung: "Hände weg von Grönland – Treibt kein Spiel mit den Menschen in Grönland! – Benutzt Menschen nicht als Verhandlungsmasse! Die Grönländer sollen auf ihren eigenen Füßen stehen!"

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.